



1949 DIE BERLINKRISEN VON 1948 / UND 1958 – 1963



Auszug S. 204-243 von Michael Lemke

„Berlin ist eine hinsichtlich der europäischen Nachkriegsentwicklung einmalige Stadt. Nirgendwo sonst in Europa gingen nationale und internationale Geschichte so enge Verbindungen ein. Und nirgendwo sonst konnte man sowohl die „klassischen“, Konfrontationen und Zuspitzungen als auch die späteren Tendenzen der Deeskalationen und Entspannung des Kalten Krieges besser beobachten. Der Raum Berlin widerspiegelte die allgemeinen Merkmale und typischen Handlungsmuster der Systemauseinandersetzung und trug zur Herausbildung wichtiger Spezifika des Kalten Krieges bei. Die besondere Lage des Territoriums führte zu einer Eskalation verschiedener Ost-West-Gegensätze, vor allem in den sogenannten Berlinkrisen, begründete aber auch gleichzeitig die Notwendigkeit einer separaten und später zumindest ansatzweise gemeinsamen Suche nach Konfliktlösungen und Alternativen zur Konfrontation (Passierscheinregelung, Berlinabkommen). So entwickelte sich der Ost-West-Konflikt im Verflechtungsraum besonders konsequent und scharf, brachte aber gleichzeitig auch ein System von Interaktionen zur allmählichen Überleitung des Kalten Krieges in die Entspannung schneller und intensiver hervor als an jedem anderen Ort des deutschen Sonderkonfliktes.

Der folgende Beitrag fragt unter vergleichendem Aspekt nach der historischen Verortung der Berlinkrisen von 1948/49 und 1958 bis 1963 im Kalten Krieg: Wie kamen sie zustande und entwickelten sie sich, welche Akteure und Interessen spielten dabei eine Rolle, und welche Handlungsspielräume besaßen die Kontrahenten? Verfügt sie über Alternativen? Das berührt unter anderem Prädispositionen für das Entstehen der Konflikte sowie die Modi der Beschlussfassungen, aber auch Traditionen, Erfahrungen und Mentalitäten. Beherrschten die Akteure die Krisen, oder wurden sie vielmehr zu Objekten einer von diesen ausgehenden Dynamik? Hier bleibt das Phänomen Lernfähigkeit von Interesse – als Faktor des damaligen Krisenmanagements und als Problem der Zukunftsgestaltung. Da der Verfasser die Berlinkrisen in einem universellen Zusammenhang und als Einheit von Interaktionen sieht – ordnungsinterne und systemübergreifende-, entscheidet er sich für eine integrale Analyse, die von vergleichenden Aspekten inspiriert wird.

Der Kalte Krieg und die Deutsche sowie Berliner Frage

Die Begriffe Ost-West-Konflikt und Kalter Krieg als Bezeichnung für die globale Systemauseinandersetzung zwischen den liberalen Verfassungsstaaten westlicher Prägung und den kommunistischen Diktaturen sowjetischen Typs werden sowohl in der Fachliteratur als auch in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit weitgehend synonym verwendet. Im Unterschied dazu sieht der Verfasser in Anlehnung an Werner Link (Autor: Der Ost-West-Konflikt) im Kalten Krieg eine Phase des Ost-West-Konfliktes, der bereits mit der russischen Oktoberrevolution und den diktatorischen Weichenstellungen in Sowjetrussland begann, sich nach dem Zweiten Weltkrieg mit der Konstituierung des „sozialistischen Lagers“ voll entfaltet und schließlich durch die Systemwende 1989/90 beendet wurde.

In der Öffentlichkeit insbesondere aber bei der Mehrzahl der Zeitgeschichtsforscher, hat sich inzwischen die weiter zu diskutierende Ansicht durchgesetzt, dass der Kalte Krieg erst 1990 bzw. 1991 zu Ende ging. In der Phase des Kalten Krieges, der 1946 und 1947 allmählich einsetzte, entwickelten sich alle Merkmale der vorrangig konfrontativen Systemkonkurrenz, aber auch Ansätze für einen friedlichen Wettbewerb, der eine Bedingung für die Entspannungsphase des Ost-West-Konfliktes war, die weltweit nach dem Ende der „Doppelkrise“ Berlin/Kuba begann. Diese Phase der Detente wurde zwar am Ausgang der 1970er Jahre durch eine neue konfrontative Tendenz unterbrochen, die internationale Entspannungspolitik und eine mit ihr korrespondierende zivilgesellschaftliche Veränderung in einigen westöstlichen Gesellschaften aber dennoch nicht zurückgenommen. Von einer Kontinuität des Kalten Krieges oder gar von einem zweiten

Kalten Krieg zu sprechen, ist nach Ansicht des Verfassers vor allem deshalb zweifelhaft, weil er im oben genannten Zeitraum Eigenschaften und Methoden entwickelt hatte, die für die Jahre 1975 kaum noch oder nicht mehr zuträfen.

Die seit Jahrhunderten bestehende Deutsche Frage wurde nach dem Zweiten Weltkrieg neu gestellt: Wie würde sich das besiegte Deutschland im Innern und außenpolitisch entwickeln? Dies im Ausland vielfach als Hauptstadt des preußisch-deutschen Militarismus und Aggressionszentrale gesehene Berlin stand besonders im Fokus. Internationaler Konsens war, dass das ehemalige Deutsche Reich einschließlich seiner Machtmetropole nie wieder in der Lage sein dürfte, andere Völker zu bedrohen, Deutschland jedoch als demokratischer Staat irgendwann in die Gemeinschaft gleichberechtigter Länder zurückkehren müsse. Dieses Deutschlandproblem entstand somit, bevor der Kalte Krieg weltweit begann; doch nahm er auf die weitere Behandlung der Deutschen Frage entscheidenden Einfluss. Deutschland und seine Hauptstadt wurden infolge des Kalten Krieges gespalten.

So sind auch beide deutsche Staaten nicht von ungefähr als dessen „legitime Kinder“ bezeichnet worden. Ebenso ist richtig, dass umgekehrt die Deutschlandproblematik den Kalten Krieg nicht verursacht hat. Einige Historiker sind sogar der Ansicht, dass sie „den offenen Ausbruch des Kalten Krieges eher verzögert hat“. Dann aber, nach 1946, wirkte das ungelöste deutsche und damit verbunden das Berliner Problem als Katalysator der Systemkonfrontation, bestimmte den Verlauf mit und spitzte sie zu. Vor allem wurde die Lösung beider Fragen durch deren Ideologisierung und Internationalisierung erschwert. Schließlich schloss die Bildung von antagonistischen Blöcken und ein entsprechendes Lagerdenken einvernehmliche deutsche und Berliner Regelungen gänzlich aus.

Insgesamt war die Spaltung Deutschlands und Berlins ein Akt der Teilung der Welt als generelle Folge von unvereinbaren Interessen, die den Kalten Krieg hervorbrachten und ihn instrumentalisieren. Das betraf nicht nur die internationalen Beziehungen, in denen er ursächlich entstand, sondern auch die nationalen Gesellschaften der von ihm betroffenen Länder. Die internationalen Konflikte führten zunehmend zur innerpolitischen Polarisierung und zu ideologisch geprägten nationalen Auseinandersetzungen. Sie waren vor allem kulturell und sozioökonomisch folgenreich und wirkten auf den globalen Kontext zurück. Das traf insbesondere für den Kampf um Berlin zu.

Alliierte Interesse im Umfeld von erster und zweiter Berlinkrise

Eine Gefahr für die Einheit Deutschlands deutete sich seit dem Beginn des Jahres 1947 in Interaktionen und Wechselwirkungen an, die alliierte und innerdeutsche Gegensätze als schwer lösbar kennzeichneten. Spätestens mit der Gründung der westdeutschen Bizone und der in der SBZ als Gegenstück konstituierten Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) zeichnete sich die Teilung des Landes deutlicher ab. Sie schien unumgänglich, als die Londoner Sechs-Mächte-Konferenz im Frühjahr 1948 die Bildung eines westdeutschen Separatstaates und die Einberufung einer deutschen verfassungsgebenden Versammlung empfahl. Die östliche Seite bildete ihrerseits im März 1948 einen Deutschen Volksrat, der mit der Ausarbeitung einer konkurrierenden gesamtdeutschen Verfassung beauftragt wurde.

Zwar hielt die Sowjetunion an ihrem gesamtdeutschen Ziel aus wirtschaftlichen, politischen und nicht zuletzt propagandistischen Gründen fest, bereitete jedoch gleichzeitig eine **Teilungsvariante** vor. Dabei zeigten sich nicht nur ein in hohem Maße aufeinander bezogenes Handeln beider Seiten und eine erhebliche Eigendynamik, sondern auch eine wichtige Taktik der Sowjetunion: Östliche Maßnahmen hatten westalliierten Schritten zu folgen, durften ihnen nicht vorausgehen. Das war vor allem für eine Propaganda wichtig, die alle Schuld an der Teilung Deutschlands den Westmächten zuschob und suggerierte, dass die UdSSR zu Entscheidungen gezwungen würde, die ihr eigentlich widerstrebten. Spätestens Anfang 1948 wird die UdSSR erkannt haben, dass sie die deutsche Teilung mit herkömmlichen Mitteln nicht mehr zu stoppen vermochte. Auch deshalb bezog sie deutsche Kräfte stärker in ihren Gegenkurs mit ein, in der im Prinzip richtigen Annahme, dass diese die Einheit ihres Vaterlandes unbedingt erhalten wollten. So begann Moskau bereits 1948 eine auf deutschen „nationalen“ Argumenten basierende „patriotische“ Sympathiewerbung.

Die USA und Großbritannien hingegen – Frankreich folgte nur zögerlich – hatten sich definitiv auf einen westdeutschen Separatstaat festgelegt. Das resultierte zum einen aus der sowjetischen Unfähigkeit zum Kompromiss in der Deutschen Frage und zum anderen aus der Notwendigkeit, die am „Tropf“ alliierter Subventionen hängenden Westzonen wirtschaftlich lebensfähig machen zu müssen. Hinzu trat, dass sich deren Politik und Gesellschaft bereits deutlich von den Verhältnissen in der SBZ unterschieden, die weitgehend sowjetisiert und in Kernbereichen revolutionär umstrukturiert worden waren. Dennoch blieb 1948 noch weitgehend offen, welche ordnungs- und gesellschaftspolitischen Modelle sich in der beginnenden

innerdeutschen Konkurrenz durchsetzen würden. Auch im internationalen Kontext schien für beide Seiten noch vieles ambivalent und im machtpolitischen Gleichgewicht zu sein. Obwohl die UdSSR als Führungsmacht des kommunistischen „Lagers“ nicht von ihrem revolutionär imperialen Paradigma abging, basierte ihr Europa- und Deutschlandkonzept nicht auf Expansion. Dazu war sie angesichts sozioökonomischer Schwäche und des großen, schwer verdaulichen „Happens“, der ihr im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges zugefallen war, auch gar nicht in der Lage. Die Parole hieß faktisch Sanierung der UdSSR und ihres europäischen Einflussgebiets. Zwar hatte das Land unmittelbar nach 1945 quantitativ ein enormes Wirtschaftswachstum erzielt, doch blieb es qualitativ weit hinter der technologischen Entwicklung des Westens zurück. Demgegenüber kamen die USA – trotz nachkriegsbedingter Belastungen und Verpflichtungen sowohl gegenüber Verbündeten als auch Besiegten – wirtschaftlich mit „Siebenmeilenstiefeln“ voran. Politisch und militärstrategisch setzten sie zunehmend auf das gegen die Expansion des Kommunismus gerichtete „Eindämmungs“- Konzept, und bislang verfügten nur sie über die Atombombe.

Das hatte sich im Vorfeld der 1958 ausgelösten zweiten Berlinkrise geändert. Nun besaß auch die UdSSR Kernwaffen, wenngleich die nukleare Überlegenheit der USA noch erheblich war. In dieser atomar veränderten Weltlage scheuten beide Supermächte mehr denn je risikoreiche Konfrontationen. Zwar hatte es in der Welt seit 1948 eine Reihe von begrenzten Konflikten gegeben, die teilweise als „Stellvertreterkriege“ ausgetragen worden waren, doch versuchte man sie – nicht zuletzt aufgrund der schlimmen Erfahrungen in Korea – möglichst klein zu halten. Der Blocksbildungs- und militärische Integrationsprozess war im Unterschied zu 1948 abgeschlossen, und beide deutsche Staaten sahen sich fest in ihre jeweiligen Bündnis-systeme eingebunden. Unter machtpolitischen Aspekt hatte die UdSSR nach der ersten Berlinkrise Terrain gewonnen. Zum einen erhielt sie Einfluss auf eine Reihe von Staaten der sogenannten Dritten Welt und auf die Nichtpaktgebundenen als neuer politischer Kraft sowie auf antikoloniale Bewegungen. Zum anderen hatte sie den Einflussbereich des Weltkommunismus beispielweise durch die chinesische Revolution erweitern und in den europäischen Satellitenstaaten ihre Hegemonie sichern können, nachdem sie zeitweilig in der DDR, Ungarn und Polen in Frage gestellt war.

Dabei bewahrheitete sich die sowjetische Erfahrung, dass der Westen das europäische Herrschaftsgebiet der UdSSR trotz der Freiheitsbekundungen seiner Bewohner nicht wirklich in Frage stellte. Das Streben in Ost und West nach Gleichgewicht verstärkte sich unter dem atomaren Damoklesschwert. Auch das führte zeitweilig zu einer relativen Veränderung des Kalten Krieges von vorrangiger Konfrontation hin zu mehr wirtschaftlichen und kulturellen Systemwettbewerb, wofür die sowjetische Theorie von der friedlichen Koexistenz (1956) stand. Dennoch strebten die Sowjetunion und die USA nach Überlegenheit. Während sie die Moskauer Führung als Voraussetzung und Mittel für die „historische Mission“ des Kommunismus und den Ausbau sowjetischer Positionen in der Welt betrachtete, versuchten die USA wie schon 1948 den kommunistischen Einflußbereich einzudämmen bzw. „zurückzurollen“. Die USA konnten dabei 1958 mehr noch als 1948/49 auf wirtschaftliche Erfolge und technologische Überlegenheit setzen, die der Sowjetunion wesentlich versagt blieben. Diese Schwäche der UdSSR – 1948 wie 1958 bildete ihr eigentliches Problem. Wie zur keiner anderen Zeit des Ost-West-Konflikts bildete sich in den 1950er Jahren eine bipolare Weltlage heraus, die auch die Deutsche und Berliner Frage bestimmte. Unter den Bedingungen des fortschreitenden Kalten Krieges wurden der Erhalt der deutschen Einheit respektive die Wiedervereinigung von beiden Seiten faktisch als unrealistisch gesehen. Obwohl von der Propaganda immer wieder heraufbeschworen, hatten die Sowjetunion und die DDR das Einheitsziel spätestens mit der Verkündung der Zwei-Staaten-Theorie (1955) aufgegeben. Aber auch der Westen betrachtete es bestenfalls als politische Langzeitaufgabe. Im Unterschied zu 1948/49 waren 1958 der Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik und die Hallsteindoktrin im Kampf gegen das um seine völkerrechtliche Souveränität ringende SED-Regime Politikbestimmend. Im Kontext der ersten Berlinkrise hatte die politische, wirtschaftliche und soziale Situation in allen deutschen Zonen noch erhebliche Ähnlichkeiten aufgewiesen. Die Bundesrepublik hatte sich zu einem wirtschaftlich und politisch starken Staatswesen „gemausert“, dessen Stabilität und Anziehungskraft im „Wirtschaftswunder“ ihren beredten Ausdruck fanden. Hingegen erlebte die stalinistische DDR nach ihrer „Urkatastrophe“ vom 17. Juni 1953 zwar eine relative politische Beruhigung, aber keine durch wirtschaftliche Prosperität gestützte nachhaltige Stabilisierung. Im Vergleich zur Bundesregierung besaß die SED keine äußeren und nur wenige innere Handlungsspielräume. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dem SED-Regime hatte 1958 im Wesentlichen die gleichen Ursachen wie 1948/49, war jedoch, bedingt vor allem durch einige sozialpolitische Verbesserungen, schwächer ausgeprägt. Das zeigte sich seit 1958 an einem Rückgang der Republikflucht, die für die DDR und die UdSSR ein zuvorderst politisch-ideologisches und weniger ein wirtschaftliches Problem darstellte. Parallel dazu durchschnitt das über Jahre sozioökonomisch schwache West-Berlin die Talsohle und lag auf Wachstumskurs. Dabei spielte eine Rolle, dass nach der Krise von 1948/49 der Viermächtestatus Berlins und die Verhältnisse in seinem Westteil von den Sowjets nicht mehr in Frage gestellt worden waren.

Krisenursachen und sowjetisch-ostdeutsche Offensivpositionen

Zwar hatte sich das interalliierte Verhältnis in der Viersektorenstadt nach den Wahlen im Herbst 1946 weiter getrübt. Ihr Ergebnis enttäuschten die SMAD und die SED, die vergleichsweise schlecht abschnitt, während die Sympathien der drei Westmächte bei der ebenfalls in allen Sektoren zugelassenen SPD – dem eigentlichen Wahlsieger – sowie den bürgerlichen Parteien lagen. Bereits zu diesem Zeitpunkt waren das städtische Konkurrenzverhältnis sowie die Tendenz erkennbar, dass die von der Bevölkerung als Partei-gänger der unbeliebten sowjetischen Besatzungsmacht identifizierte SED weiter an Prestige verlor. Doch funktionierten bis Anfang 1948 sowohl die gemeinsame alliierte Kontrolle der Stadt- deren rechtliche und politische Grundlagen bislang niemand in Zweifel gestellt hatte – als auch die gemeinsame deutsche Verwaltung auf der Basis einer demokratisch gewählten Stadtverordnetenversammlung und eines Allparteien- Magistrats.

Erst mit dem Kurs der USA und Großbritanniens auf einen separaten deutschen Weststaat stellten sich Stalin die Fragen, inwiefern der alliierte Sonderstatus der ehemaligen Reichshauptstadt von dieser Politik betroffen sein würde und ob die Sowjetunion das inmitten der SBZ liegende Berlin benutzen könnte, um die seinen Deutschlandinteressen widersprechenden westlichen Teilungspläne zu verhindern. Die Dokumente zeigen, dass die sowjetische Führung durch sie weder überrascht noch veranlasst wurde, von ihrer gesamtdeutschen Zielstellung abzugehen. Auch hatte sie bislang keine militärischen Maßnahmen zur Durchsetzung ihres Deutschlandkonzeptes erwogen. Stalin sah sich in einer von den Westmächten herbeigeführten Defensivsituation, die ihn in gewisser Weise zum Einsatz der „Berliner Karte“ zwang. Denn die Stadt bildete aufgrund ihrer strategischen und fragilen inneren Lage für die Westmächte den „allergischen“ Punkt ihrer Deutschlandpolitik. Bereits im Herbst 1947 hatte ein stellvertretender sowjetischer Außenminister, Fedor T. Gusew, die exponierte Lage der Westsektoren als einen „Hebel gegen das Vorhaben der westlichen Besatzungspartner“ bezeichnet.

Zwar standen dabei die sowjetischen Forderungen an die Westmächte nach Reparationen und der Mitkontrolle über das Ruhrgebiet noch im Vordergrund, doch für den äußeren Fall erwog der Diplomat die „Annullierung der Berliner Zone und deren Eingliederung in die SBZ“. War das nur seine persönliche Meinung oder der sowjetische Standpunkt? Eigenartigerweise gab die deutschsprachige Tageszeitung der SMAD, (tägliche Rundschau, am 11.1.1948) ein „Präludium“ mit der warnenden Ankündigung, dass die westliche Spalterpolitik für den Status Berlins nicht folgenlos sein würde. Indes verzichtete Moskau noch auf direkte Drohungen. Doch als alle seine Proteste ungehört verhallten, eröffnete es eine politisch-propagandistische Gegenoffensive. Die Westmächte wurden beschuldigt, für die Sprengung des Alliierten Kontrollrates verantwortlich zu sein, den Marschall Sokolowski (sicherlich nicht ohne Moskauer Auftrag) am 20. März demonstrativ verlassen hatte. Die Entscheidung Stalins, über den Mechanismus militärisch bereits vorbereiteter Grenzüberwachungsmaßnahmen die Verkehrsverbindungen zwischen West-Berlin und den Westzonen zunehmend einzuschränken, eröffnete dann die Periode des offensiven sowjetischen Reagierens. Sie nahm den Grundgedanken der späteren „Blockade“ vorweg. Stalins Entschluß dafür stand bereits fest, als er der ostdeutschen Führung am 26. März 1948 in Moskau suggerierte, dieser sei erst auf eine Piecksche Anregung hin, also in der Diskussion unmittelbar vor Ort, gefallen. Das war jedoch nebensächlich, weil ohnehin ein Gleichklang der Interessen bestand, befürchtete doch die SED-Führung bei den bevorstehenden Berliner Wahlen im Herbst 1948 eine katastrophale Niederlage. Zudem war sie von der Notwendigkeit der Gründung eines kommunistischen Oststaates überzeugt. Dem stimmte Stalin aus den bekannten Gründen zwar noch nicht zu, bereitete sie aber als mögliche Variante bereits praktisch vor. Die Umbildung der SBZ zu einem Staatswesen bot immerhin die Möglichkeit, die inzwischen desolaten Zustände in der ostdeutschen Politik und Gesellschaft staatlich zu ordnen. Gleichzeitig versuchte die Sowjetunion, formal auf diplomatischen Wege, den westlichen Separatstaatsplänen auch durch eine Initiative der Außenminister ihrer Satellitenstaaten zu begegnen. Die entsprechende Konferenz – sie fand erst am 24. Juni statt – war jedoch nicht viel mehr als eine propagandistische Aktion mit einer Warnung an den Westen. Ihm wurde in einer „Deklaration“ faktisch die Zustimmung zu einem Systemwechsel in den Westzonen abverlangt.

Die Vorbereitungen für eine totale Blockade waren derweil bereits abgeschlossen. Welchen Zielen diente sie? Sollte sie, wenn die Westmächte an ihren Staatsgründungsplänen festhielten, zumindest deren Berliner Präsenz beenden? Aber auch die Realisierung dieser Vorstellung würde auf erhebliche Widerstände stoßen. Damit rechnete auch die SMAD. Am 20. Januar 1948 hatte sie die speziell an sie adressierte Äußerung des politischen Beraters der US-Militärregierung zur Kenntnis genommen, „dass die Amerikaner Berlin keinesfalls verlassen würden“. Auch die wichtigste Ursache für dieses Beharren war Moskau bekannt: Die USA betrachteten Berlin als Prüfstein für die Entschlossenheit ihrer Außenpolitik. Doch sah das die UdSSR bezüglich ihrer Politik nicht ähnlich? Besaß sie überhaupt eine Alternative zu ihrer nun ein-

geleiteten Offensive, die sich möglicherweise aus einer konsequenten Umsetzung des Prinzips der friedlichen Koexistenz auch in den europäischen Zentren des Kalten Krieges hätte ergeben können? Doch blieb dieser Grundsatz im kommunistischen Verständnis eben eine Form des internationalen „Klassenkampfes“ und hob das „historische“ Ziel nicht auf, überall in der Welt den Kapitalismus getreu der marxistisch-leninistischen Gesellschaftslehre zugunsten des Sozialismus zu überwinden. Obwohl die sowjetische Führung auch insofern keinen Perspektivenwandel erkennen ließ, als sie die „Gesetzmäßigkeit“ dieser Entwicklung weiter mit ihren Moskau zentrierten Sichten und Normen identifizierte und ihren weltrevolutionären Führungsanspruch nicht aufgab, hatte Chruschtschow das Instrumentarium Außenpolitik im Vergleich zur Stalinzeit vor allem mit dem Blick auf die Dritte Welt zweckgerichtet „pazifiziert“. Der sowjetische Ministerpräsident gab den Regierungen der jungen Nationalstaaten und den antikolonialen Kräften von Mitte der 1950er Jahre bis zu deren Ende zu verstehen, dass die UdSSR auf alle bewaffneten Interventionen à la Korea verzichtete und stattdessen zur wirtschaftlichen und militärischen Kooperation mit ihnen bereit sei.

Die Nachfolger Stalins seien davon überzeugt gewesen, meint Odd Arne Westad, dass ein globaler Krieg nur dann verhindert werden könne, wenn die „Imperialisten“ die Unmöglichkeit erkannten, gegen soziale Revolutionen außerhalb ihrer eigenen Grenzen einzuschreiten. Die Rolle der Sowjetunion sollte dabei sein, revolutionäre Prozesse abzusichern und dadurch den Fortschritt der Menschheit zu fördern. Dieses Konzept passt sich in das theoretische Gebäude der friedlichen Koexistenz vor allem deshalb ein, weil es kommunistische Überlegenheit nicht mehr vorrangig über Rüstung und politische Bedrohungsszenarien, sondern über sozioökonomische sowie kulturelle Überlegenheit zu erreichen suchte. Doch war das auf dem XX. Parteitag verkündete Prinzip der Koexistenz von Staaten mit einander entgegengesetzter Gesellschaftsordnung mit den Motiven und Zielen unvereinbar, die zur Auslösung des zweiten Berlinkonflikts führten. Offenbar waren sie 1958 stärker als die Chancen, die sich für die UdSSR aus einem friedlichen Wettbewerb bzw. der Wahrung des Status quo im geteilten Berlin ergeben mochten. Auch lässt sich nicht erkennen, dass der zeitweilig veränderte Umgang mit der Dritten Welt in einem politisch-strategischen Zusammenhang mit der zweiten Berlinkrise stand, die als Konflikt in einem Zentrum des Kalten Krieges ihrer eigenen Entwicklungslogik folgte.

Warum Chruschtschow im Spätherbst 1958 die zweite Berlinkrise vom Zaun brach, ist im Unterschied zu Stalins Motiven von 1948 nicht hinlänglich klar. James Hershberg sieht zusammen mit anderen Autoren in der Politik der UdSSR in der zweiten Berlinkrise einen „größeren Komplex an offensiven und defensiven“ Zielen und Ursachen. Der Konflikt selbst sei von bündnisinternen und innenpolitischen Faktoren weitaus stärker beeinflusst worden, als von Zeitgenossen angenommen worden wäre. Unter Bezug u.a. auf Vladislav Zubok, Hope Harrison und James Richter weist Hershberg auch darauf hin, dass in der US-amerikanischen Forschung eine Verbindung von Maos Außenpolitik und dem Auflösen der Berlinkrise zwar postuliert, aber nicht abschließend belegt werden konnte.

Wenngleich äußere Parallelen zwischen den Konflikten um Taiwan (Formosa) und Berlin in der damaligen Weltöffentlichkeit aufgefallen waren, ist ein wie auch immer gearteter Zusammenhang zwischen beiden Ereignissen meines Erachtens unwahrscheinlich. Hershberg referiert im Weiteren die neuere amerikanische Forschungsliteratur zu den möglichen Motiven Chruschtschows und hebt exemplarisch die bekannte Ansicht von Harrison und anderen hervor, dass Chruschtschow und die UdSSR die Berlinkrise als ein „gigantisches Manöver“ in Szene setzten, um von der eigenen Schwäche abzulenken. Gleichzeitig setzt er sich mit den Gegenargumenten auseinander: dem Stimmungshoch Chruschtschows nach dem Sputnik-Flug, seinen innenpolitischen Positionsgewinn und den Willen, die DDR auf der Basis neuer wirtschaftlicher und außenpolitischer Erfolge unbedingt zu halten. Insgesamt zeigt Hershberg differenzierte Auseinandersetzung mit der neueren Literatur, dass die amerikanischen Analysen in der Krisenfrage gegenüber den russischen und deutschen Arbeiten keinen prinzipiellen Erkenntnisfortschritt brachten. Sah Chruschtschow die Verhältnisse in Berlin für die Sowjetunion allgemein als unzumutbar an (wofür es eigentlich keine Anzeichen gab)? Oder befürchtete er eine Destabilisierung speziell der DDR, ihrer westlichen Flanke, durch Republikflucht und offene Grenzen? Wie es scheint, waren seine Beweggründe eher „positiver“ Art: Die Sowjetunion gewann allmählich an wirtschaftlicher Kraft und politischen Einfluss. Auch militärstrategisch holte sie auf. Zwar verfügte sie noch nicht über Interkontinentalraketen, die das Territorium der USA erreichen konnten, doch besaß sie die Wasserstoffbombe sowie Strategische Bomber, und der Sputnik ließ erkennen, dass sie irgendwann Kernwaffen auch über Tausende von Meilen per Raketen zu transportieren vermochte. Der gerade in Dienst gestellte erste Atomeisbrecher der Welt symbolisierte sowjetische Kraft, und auch die DDR erlebte eine Phase relativer Stabilisierung, nicht akuter Schwäche. Offenbar wagte Chruschtschow das Risiko nicht etwa darum, weil eine Verschlechterung der Lage drohte, sondern weil eine Verbesserung aussichtsvoll schien und weil er sich stark fühlte. Überdies war der Westen in der Sicht Chruschtschows unentschlossen und innerlich zerstritten. In der Tat begann London die westliche Bündnis-

disziplin in der Deutschlandpolitik in Frage zu stellen. Und ob die USA tatsächlich „hart“ bleiben würden, wie sich nicht nur der skeptische Bundeskanzler Adenauer fragte, schien so klar nicht.

Chruschtschows Position Ende 1958 stellte sich weder ihm selbst noch der übrigen Welt als instabil dar. Zwar sieht das Hope Harrison anders, doch stand der sowjetische Partei- und Regierungschef nach der Ausschaltung seiner Gegner auch innenpolitisch weniger unter Druck als einige Zeit zuvor. Ein Erfolg in Berlin erschien geeignet, nicht nur das Prestige der UdSSR, sondern auch seine persönliche Position noch weiter zu stärken. Berlin war eine Achillesferse des Westens. Zogen sich die Westmächte aus der Stadt zurück, so verloren sie mehr Ansehen, als die Sowjetunion strategische Gewinne erzielte. Denn der Besitz Berlins erweiterte Moskaus Machtbereich weniger, als dass es ein Element seiner Sicherung darstellte. Eine Politik zur Durchsetzung der Kontrolle über West-Berlin ist deshalb als das offensive Moment eines insgesamt eher defensiven Konzeptes zu verstehen. Sah Chruschtschow die Möglichkeit, in Berlin den sowjetischen Nachkriegsbesitzstand offensiv zu konsolidieren? Die Behandlung der Deutschen Frage steckte 1958 in jener Hinsicht in einer Sackgasse. Anders als die Westmächte war die UdSSR an einer Lösung interessiert. Daher ist es wahrscheinlich, dass die Moskauer Führung mit ihrer „Berlin-Initiative“ zunächst einmal aus der allgemeinen Satgnation in der Deutschlandpolitik herauskommen wollte. Doch ließen sich die gewünschten Veränderungen, wenn überhaupt, nur schrittweise durchsetzen. Das zumindest schien auch Chruschtschow zu wissen. Berlin bot sich als Ausgangspunkt für ein östliches Stufenprogramm in der Deutschlandpolitik an. Letztlich wollte die Sowjetunion endlich sein, was sie seit langem von sich behauptete und es doch nicht war: die zweite gleichberechtigte Supermacht.

Dass die Führung der SED West-Berlin bereits 1958 als akutes existenzielles Problem wahrnahm, ist eher unwahrscheinlich. Zwar blieb die Republikflucht auch in einer Phase relativer Stabilisierung der ostdeutschen Republik schwerwiegend, doch drängte sie noch nicht zu einer radikalen Lösung, wie immer diese aussehen mochte. West-Berlin war für die SED ein univiseller Störfaktor, der aber kaum kritische Dimensionen annehmen würde. Die Ausschaltung der als Frontstadt, Agentenzentrale, moralischer Sumpf sowie Paradies für Schieber und Spekulanten geschmähten Enklave war ein zwar verständliches, aber bei der Bevölkerung der DDR unpopuläres Ziel kommunistischer Machtsicherung. Mit der Billigung einer solchen Politik durch die Ostdeutschen war nach Lage der Dinge nicht zu rechnen, und letztlich erschien es als unwahrscheinlich, dass es zu einem Konsens zwischen ihnen und der SED über die Berlinpolitik kommen und dieser dann eine innenpolitische Stabilisierung nach sich ziehen würde. Eine politische Ausschaltung West-Berlins war 1958 keineswegs die Maximalvorstellung des SED-Politbüros. Zwar wollte sie diesen Störfaktor für die Stabilisierung für die DDR beseitigen, doch entsprach nur eine ostdeutsche Kontrolle der Westsektoren bzw. die Übernahme von Hoheitsrechten in der Stadt und auf deren Zufahrtswegen dem Anerkennungskonzept der SED optimal.

Denn spätestens mit der Verkündung der Zwei-Staaten-Theorie hatte sich die DDR-Führung auf den faktisch schon vorher beschrittenen Weg einer staatlich getrennten Entwicklung in Deutschland, das heißt auf eine souveräne DDR, festgelegt. Zwar verzichtete die Partei nicht formell auf das Ziel der Wiedervereinigung; ein derartiges Votum war vor allem aus innenpolitischen Gründen 1958 noch nicht möglich. Doch konzentrierte sie sich auf das Ziel einer völkerrechtlichen Anerkennung der DDR, die nur schrittweise erreicht werden konnte. Allerdings verfügte der ostdeutsche Staat bei der Realisierung dieses Zieles weder über die innere Stabilität noch über die auswärtigen Handlungsspielräume. Die DDR war weder souverän im Verhältnis zur Sowjetunion noch gegenüber dem Westen; sie befand sich in einem für die SED fatalen Spannungsfeld.

Das Chruschtschow-Ultimatum mit der Ankündigung, die UdSSR werde der DDR alle Rechte bezüglich Berlins übertragen, wenn der Westen nicht binnen sechs Monaten dem sowjetischen Vorschlag einer Umwandlung der Westsektoren in eine „Freie“ Stadt zustimme, war für das SED-Politbüro frohe Verheißung und aktuelles Programm zugleich. Plötzlich bot sich die Möglichkeit, das Problem West-Berlin für die eigene Konsolidierung zu nutzen. Was bislang Störfaktor gewesen war, konnte nunmehr dem Ziel einer weltweiten Aufwertung der DDR und ihrer Staatspartei dienen. Gelangten die von den Alliierten ausgeübten Hoheitsrechte über die Stadt, vor allem die Kontrolle über die Zufahrtswege, auch nur teilweise in die Hände der Ostberliner Führung, so musste deren Autorität im Inneren und nach außen beträchtlich wachsen. Der eigenen Bevölkerung konnte dann der sozialistische Staat als stark und solide vorgeführt werden – ein Eindruck, der sie zu Solidarität und Schulterschluss mit der SED-Führung veranlassen würde. Es erschien den ostdeutschen Machthabern verlockend und möglich, in Berlin das Brecheisen zur Aushebelung des Bonner Alleinvertretungsanspruchs und der Hallsteindoktrin anzusetzen. Die internationale Isolierung der im Westen als „Pankower Regime“ apostrophierten DDR würde dann von Berlin aus durchbrochen werden.

Dispositionen, Interaktionen, Alternativen Die Krise 1948/49

Stalin leitete die Restriktion im Verkehr zwischen West-Berlin und dem Bundesgebiet mit zunächst wenig drakonischen Maßnahmen ein, verschärfte sie dann aber allmählich. Offenbar wartete er die jeweiligen Reaktionen des Westens als Grundlage für Kurskorrekturen ab. Dadurch ergab sich in der Phase von Anfang April bis Mitte Juni 1948 der Eindruck einer flexiblen, nicht statischen Ziel- und Prioritätensetzung. Einiges spricht dafür, dass sich der Diktator Chancen ausrechnete, mit dem erstrebten Abzug der Westmächte aus Berlin „eine zur Stornierung der Weststaatspläne zwingende Vertrauenskrise zwischen Deutschen und Westalliierten auszulösen“.

In der Tat gab es im In- und Ausland genügend Stimmen gegen eine Weststaatsgründung, die für die Deutschen die Teilung bedeutet hätte, aber bspw. für das skeptische Frankreich ein trotz territorialer Verkleinerung immer noch (zu) starkes Westdeutschland. Stalin berücksichtigte das, wenn er einerseits auf „innerimperialistische“ Widersprüche setzte und andererseits auf ein starkes nationales Bewusstsein des deutschen Volkes, das er als deutschen Nationalismus im Zweiten Weltkrieg unmittelbar erlebt hatte. Zunächst schienen ihm die Verkehrsbeschränkungen zu Lande und zu Wasser recht zu geben und die erwünschten Wirkungen zu zeitigen. Zwar erklärten die Amerikaner wiederholt, sie ließen sich nicht aus Berlin vertreiben, begnügten sich jedoch wie die Briten mit papiernen Protesten, zeigten sich irritiert und waren unentschlossen. Diese Reaktion ließ die Hardliner auf der sowjetischen Seite einen noch stärkeren Druck auf den Westen empfehlen. Hatten Stalin und möglicherweise auch andere Sowjetpolitiker den Westalliierten einen Rückzug aus Berlin ohne Gesichtsverlust ermöglichen wollen, wofür die Lockerungen der sowjetischen Kontrollen Mitte April 1948 ein Indiz sein könnten, sah der politische Berater der SMAD zu Repressionen im Postverkehr und zu einer Einschränkung der Luftverbindung aus „Sicherheitsgründen“. Das wäre allerdings der Versuch gewesen, den „Rubikon“ des noch Möglichen zu überschreiten, denn die USA hatten klargestellt, dass sie Behinderungen auf den durch alliierte Verträge garantierten drei Luftkorridoren von und nach West-Berlin nicht hinnehmen würden. Das Problem schien bis in den Juni 1948 hinein auch kaum relevant gewesen zu sein, denn niemand diesseits und jenseits des „Eisernen Vorhangs“ konnte sich eine Versorgung der Westsektoren aus der Luft vorstellen – die sowjetischen Militärs als Berater Stalins am allerwenigsten. Doch stießen die Sowjets bereits im Juni auf die Grenzen ihres Konzepts verkehrstechnischer Einschränkungen.

Wollten sie ihre deutschlandpolitischen Ziele erreichen und ihren dabei eingeschlagenen Weg nicht verlassen, bot sich in der Konsequenz eigentlich nur eine totale Landblockade an. Sie bedeutete zweifellos eine neue Qualität der Konfrontation mit dem Westen und barg unüberschaubare Risiken in sich. Sie bedurfte auch einer Legitimation in der Öffentlichkeit sowie eines einigermaßen plausiblen Anlasses. Die Sowjetunion fand ihn in der vom Westen in ihren Zonen geplanten und am 18. Juni 1948 durchgeführten Währungsreform. Dieses Problem stand zunächst in keinem Begründungszusammenhang mit den Verkehrsbeschränkungen. Eine Währungsreform war aufgrund der desolaten monetären Verhältnisse dringend notwendig, schuf aber auch zwei deutsche Währungsgebiete. Die UdSSR hatte in einer geheim gehaltenen Aktion ebenfalls Banknoten für ihre Zone gedruckt, sie aber bislang in Verwahrung gehalten. Nun stellte sich die Frage, in welches Währungsgebiet Berlin eingegliedert werden sollte. Der Westen bot Kompromisslösungen an, um zu vermeiden, dass die alte Hauptstadt von den nun in den Westzonen, aber nicht in der SBZ und in Berlin ungültigen „gesamtdeutschen“ Geldsorten überschwemmt werden würde. Daran hatte vor allem die SMAD ein legitimes Interesse. Sie begegnete dem monetären Problem – kurzgefasst – mit einer Interimsregelung. Im gleichen Zuge sperrte sie am 24. Juni alle Land- und Seewege von und nach den Berliner Westsektoren mit dem Argument, dadurch ein weiteres Einsickern der in den Westzonen entwerteten Währung in die SBZ und Berlin verhindern zu wollen. Die eigentliche Blockade begann.

Bereits am 3. Juli erfuhr der Westen, dass diese bis zu einem Verzicht auf die Weststaatsgründung bestehen bleiben würde. Zu einer Änderung dieses Zieles waren die Westmächte zwar nicht bereit, besaßen aber keine Pläne und probaten Mittel gegen die Blockade. Der Politologe Avi Shlaim sah die Krisenstrategie der Truman-Regierung im Sommer 1948 von drei gleichrangigen Essentials bestimmt, „nämlich erstens der Behauptung des amerikanischen Anwesenheitsrechts in Berlin, zweitens der Vermeidung eines kriegerischen Konflikts mit der Sowjetunion und drittens der konsequenten Fortsetzung der Weststaatspläne“. Noch wies nichts darauf hin, dass die antagonistisch erscheinenden Forderungen miteinander vereinbar sein könnten. Der zu allen entschlossene amerikanische Militärgouverneur General Clay legte seiner Regierung nahe, die Durchfahrt nach Berlin mit einem bewaffneten Militärkonvoi zu erzwingen.

Das jedoch lehnte der vorsichtige US-Präsident Truman in der Annahme ab, dass ein derartiges Unternehmen zu einer Eskalation des Konflikts, möglicherweise zu einem Krieg mit der Sowjetunion führen könne.

Doch stimmte er dem alternativen Vorschlag Clays zur Einrichtung einer Luftbrücke zu, der zu diesem Zeitpunkt allerdings kaum Erfolgsaussichten eingeräumt wurden. Clay selbst teilte die skeptische Sicht der Experten, dass die dann als Operation „Vittles“ bezeichnete Aktion nicht viel mehr als die Versorgung des alliierten Militärpersonal zu leisten vermöge. Er betrachtete sie als Defensivmaßnahme, die allein nicht ausreiche, um die Blockadekrise zu lösen, schloss sich dabei jedoch nicht den US-Militärs und Regierungsbehörden an, die den Sinn der amerikanischen Präsenz in Berlin generell bezweifelten. Über die unterschiedlichen Auffassungen in der Frage des Militärskonvois hinaus, gingen Clay und Truman, ungeachtet „ihres gemeinsamen Engagements für die Luftbrücke und ihrer gemeinsamen Überzeugung von der weitreichenden Symbolkraft des Berlin-Konflikts“, von einem unterschiedlichen Krisenszenario aus, „wobei der Zeitfaktor nach Auffassung des Generals gegen die amerikanischen Interessen arbeitete, aus der Sicht des Präsidenten dagegen im Sinne diplomatischer Aktivitäten und eventueller Kompromisslösungen mit Moskau wirkte“. So wollte Truman jede Kriseneskalation vermeiden, was ihn auch dazu bewog, B-29-Verbände, deren Verlegung nach England er zugestimmt hatte, nicht der Verfügung des Pentagons, sondern sich selbst zu unterstellen. Nur diese Flugzeuge konnten im Prinzip Atombomben transportieren, besaßen jedoch keine speziellen Vorrichtungen für ihren Abwurf. Zu seinem Entschluß, den Russen nicht mit Atombomben zu drohen, trug vielleicht auch deren noch sehr begrenzte Zahl bei, die zur Führung eines möglicherweise globalen Krieges gegen die UdSSR, vor allem angesichts ihrer „haushohen zahlenmäßigen (konventionellen) Überlegenheit“ in Europa, nicht ausreichend schien. Er setzte demgegenüber auf die Kraft freiheitlicher Argumente sowie auf den amerikanischen Rechtsstandpunkt, ohne freilich auf eine Verunsicherung der Sowjets durch die Vorführung bewaffneter Verteidigungsbereitschaft und-Fähigkeit zu verzichten. Der entscheidungsfreudige Clay hingegen zeigte eine größere Risikobereitschaft. So hätte er, wie auch andere amerikanische Militärs, das Atomwaffenmonopol sehr gern demonstrativ als Druckmittel gegen die Sowjetunion benutzt. Ob er den Einsatz von Kernwaffen im Ernstfall erwog, wie es auch vom ehemaligen britischen Premier Churchill behauptet wurde, ist jedoch unklar.

Doch boten im Unterschied zur Entscheidungsfindung in Moskau -soweit bekannt ist- amerikanische Politiker auch generelle Alternativen zur US-Deutschland – und Berlinpolitik an. So legte George F. Kennan im November 1948 ein Konzept vor, das unter anderem die Auflösung des Berlinstatus und den Abzug aller Besatzungsgruppen aus der Stadt vorsah. Dabei ging er von der Verhinderung eines Prestigeverlustes für Washington aus, setzte sich jedoch bei den Entscheidungsträgern nicht durch. Natürlich blieb zweifelhaft, ob Stalin dem Abzug auch seiner Truppen aus Berlin zugestimmt hätte. Jedoch deutet Kennans Plan darauf hin, dass Stalin repressiver Kurs bei einer Reihe westlicher Politiker Wirkung zeigte. Kennans Überlegungen sehr ähnlich waren die Vorschläge des britischen Militärgouverneurs Robertson. Die „frappierend identischen Schlussfolgerungen und radikalen Neuordnungskonzepte“ von Kennan und Robertson sieht Schlegelmilch zu Recht als ernst zu nehmende Hinweise dafür, „dass die sowjetische Hoffnung, durch die Blockade Berlins den Anstoß zur Revision festgefahrener deutschlandpolitischer Entwicklungen zu geben, nicht ganz unbegründet war“. Das gelte vor allem, wenn man die zunächst als gering eingeschätzten Erfolgsaussichten der Luftbrücke berücksichtige. Wie die Amerikaner betrachteten die bislang an Berlin nicht sonderlich interessierten Briten sie skeptisch, stellten sich dann aber ohne Zögern auf die Verteidigung ihrer Rechte in Berlin ein. Auch sie plädierten für ein möglichst geringes Kriegsrisiko, was die Ablehnung der Konvoi-Pläne zugunsten einer defensiven Luftbrücke folgerichtig einschloss.

Anders die Franzosen: Große Teile der Bevölkerung, aber auch starke Kräfte in den Parteien und in der Regierung waren für einen Abwehrbeitrag wenig motiviert. Zwar konnte man ihre Nichtteilnahme an der Luftbrücke als Mangel an Flugzeugen erklären, sie wären durch die kolonialen Konflikte in Indochina gebunden gewesen, aber insgesamt zeigte die französische Politik keine klare Linie. Das änderte sich allmählich, als in der sowjetischen Politik zunehmend eine Gefahr auch für Frankreich gesehen wurde und immer mehr Franzosen ein Zurückweichen in Berlin als „une sorte de Munich“ begriffen und sich „mit der – ursprünglich als paradox empfundenen – Rolle Berlins als Symbol freiheitlich- demokratischer Selbstbehauptung zu identifizieren begannen“.

Wenngleich alliierte Kooperation – wie auch später in der zweiten Berlinkrise – eine wesentliche Rolle spielte, war die Haltung der westsektoralen Bevölkerung von ebenfalls großer Bedeutung; „Als sich die Amerikaner und Engländer entschlossen, West-Berlin zu halten, mussten sie wissen, ob die Westberliner zu ihnen stehen würden. Man kann nicht eine Stadt verteidigen, die nicht verteidigt werden will. Die Westberliner wollten es. „Dieses Votum war die eine Seite der deutschen Medaille. Auf ihrer anderen war klar zu erkennen, dass weder westdeutsche noch gar ostdeutsche Politiker Einfluss auf das Krisenmanagement hatten.“

Die Krise 1958 bis 1963



Im Unterschied zu Stalin, der mit der Verhängung der Blockade wirklich handelte, drohte Chruschtschow nur. Immerhin brachte seine Ankündigung am 27. Nov. 1958, der DDR alle sowjetischen Hoheitsrechte in und um Berlin zu übertragen, wenn die Umwandlung West-Berlins in eine „Freie Stadt“ nicht binnen sechs Monaten erfolgte, die Westmächte in Schwierigkeiten. Wie das Ultimatum genau zu stande kam und welche sowjetischen Politiker und Gremien zu einer entsprechenden Entscheidungsfindung beitrugen, ist unklar. Hingegen erscheint gesichert, dass die DDR die UdSSR zur Aufkündigung des alliierten Status von Berlin drängte und der sowjetische Beschluss relativ plötzlich gefasst wurde. Dafür spricht auch, dass die sowjetische Diplomatie den seit 1957 ständig wiederholten Anspruch der SED auf das ganze Berlin und ihre Angriffe auf das Berlinstatut im Herbst 1958 erneut zurückwies und offenbar noch Anfang November zumindest formal an den alliierten Abmachungen festhielt.

Moskau wehrte sich im Herbst lediglich gegen den von den Westmächten gebilligten Versuch der Bundesrepublik, den Geltungsbereich der von ihr eingegangenen internationalen Vereinbarungen (konkret ging es um die Verträge über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft EWG und die europäische Atomförderung EURATOM) auf West-Berlin auszudehnen. Möglicherweise bildete das den Auslöser für das Ultimatum oder war das „Zünglein an der Waage“. Dieses Handlungsmotiv war nicht offensiv, sondern reaktiv geartet. Wie schon 1948 wies nichts auf die Vorbereitung einer Offensivhandlung gegen die Westmächte in Berlin und auch nichts auf eine Neuauflage der Blockade hin. Offenbar setzte Chruschtschow auf Überraschung und Schock. Dabei vertraute er -Stalin sehr ähnlich- den Widersprüchen im „imperialistischen Lager“, die zumindest an der britischen Kontaktpolitik gegenüber Moskau erkennbar waren, sowie den bereits genannten, für ihn günstigen Umständen. Sie mögen dazu beigetragen haben, dass es Chruschtschow unterließ, die Verbündeten der UdSSR über den geplanten Schritt rechtzeitig zu informieren oder gar vorher ihren Rat einzuholen. Es ist augenscheinlich, dass auch der Warschauer Pakt insgesamt in seiner Rechnung kaum eine Rolle spielte, was der sowjetischen Geringschätzung dieser den Grundsätzen der Gleichberechtigung allenfalls formal folgenden Militärkoalition entsprach. Auch trug Chruschtschow die Vorstellung über eine Aufkündigung der alliierten Berlinregelung dem ZK-Präsidium erst am 6. Nov. 1958 vor. Nur das Präsidiumsmitglied Mikojan sprach sich gegen sie aus, weil er eine „dramatische Verschärfung des Ost-West-Konflikts“ befürchtete. Inwiefern er von einflussreichen Kräften seiner Umgebung – etwa von Militärs- zu einer Kraftprobe mit den USA gedrängt oder zumindest ermuntert wurde, lässt sich (noch) nicht sagen. In den diesbezüglichen Vermutungen des State Department widerspiegelten sich sowjetische Ziele, die als Beweggründe für das Ultimatum durchaus in Frage kamen. Dazu gehörte erstrangig die Verhinderung der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr und der Abzug der Westmächte-Truppen aus der Bundesrepublik sowie die Anerkennung der DDR. Überdies wollte Moskau aus der Sicht der amerikanischen Diplomatie die Entschlossenheit der Westmächte testen, ihre Berliner Positionen zu halten.

Alle drei Westmächte wiesen das Ultimatum mit besonderem Hinweis auf ihre Berlinrechte zurück. Die Bundesregierung artikulierte ebenfalls Ablehnung. Die Moskauer Forderung sei der Versuch, sich einseitig von internationalen Abmachungen loszusagen. Das Ultimatum komme, so Bonn, einem Bruch des Völkerrechts gleich und ziehe die deutsch-sowjetischen Beziehungen in Mitleidenschaft. Zudem könne es die weltpolitischen Spannungen verschärfen. Der Regierende Bürgermeister Brandt betonte am 20. November 1958 die Zugehörigkeit West-Berlin zum freien Westen, von dem sich die Bewohner der Stadt nicht trennen lassen würden. Der Reigen kämpferischer Ablehnung wurde vom NATO –Ministerrat geschlossen. Im Anschluss an eine Außenministerkonferenz der Westmächte und der Bundesrepublik (unter Teilnahme des Regierenden Bürgermeisters) wies er das Ultimatum zurück. Alle Beteiligten brachten ihrer Solidarität mit den Westmächten zum Ausdruck. Das war auch ein Akt demonstrativer Bündnistreue. Man war sich prinzipiell darüber einig, dass ein Zurückweichen vor den Sowjets in Berlin nicht in erster Linie eine sicherheitspolitische, sondern eine Imagefrage sei. So kristallisierte sich – ähnlich der Krise von 1848/49 – Glaubwürdigkeit als die zentrale Konfliktkategorie heraus. Über die Einmütigkeit der westlichen Reaktion war die sowjetische Regierung überrascht.

Wollte sie ihren „Test“ fortsetzen, blieb ihr nichts anders übrig, als nun auch ihrerseits Entschlossenheit zu unterstreichen und die Drohgebärden zu verstärken. Der sowjetische Außenminister Gromyko erklärte, dass eine Ablehnung der sowjetischen Vorstellungen dazu führen könnte, West-Berlin zu einem „zweiten Sarajewo“ geraten zu lassen. Auch die spitzte die Krise zu, ohne dass Chruschtschow daran gedacht hätte, das Risiko eines bewaffneten Konflikts um Berlin auf sich zu nehmen. Das wollten- analog zum Konflikt 1948/49 – prinzipiell auch die Westmächte nicht, wenngleich sie auch jetzt den Ernstfall einkalkulierten.

Der von der Sowjetunion am 10. Januar 1959 nachgeschobene Entwurf eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten, mit dem alten Kernpunkt der Neutralisierung des wiedervereinigten Deutschland, gab dafür eigentlich keinen Anlass. Zwar identifizieren viele westliche Politiker Berlin, wie es in einer Analyse des US-amerikanischen nationalen Sicherheitsrates vom August 1961 hieß, mit einem „vorgeschobenen Posten im Kalten Krieg“, mit einer „Basis für offene Aktivitäten gegen Ostdeutschland“ sowie mit einem „Schaufenster ökonomischer und politischer Errungenschaften“. Doch sahen häufig dieselben Politiker gerade die „magnetische“ Funktion der Westsektoren als für die Sowjetunion eigentlich unzumutbar an, weil sie die Flucht der Ostdeutschen nach West-Berlin antrieb. Auch blieb die kompromisslose Nichtanerkennung der DDR für sie auf Dauer zweifelhaft. So entwickelten sich in den Metropolen des Westens durchaus Neigungen, mit der UdSSR über Berlin zu verhandeln, wenn diese auf ultimative Forderungen verzichtete, und – wie 1948/49 – begann die Suche nach Alternativen zu bisherigen deutschlandpolitischen Maximalzielen.

Bereits am 26. Nov. 1958 hatte der Außenminister der USA, Dulles, erkennen lassen, dass man erwägen könnte, ob nicht Behörden der DDR im Auftrag der UdSSR, als deren „Agenten“, bestimmten Kontrollen der Zufahrtswege von und nach Berlin übernehmen und mit den Westmächten über verschiedene Fragen verhandeln könnten. Damit sei keine Anerkennung der DDR oder von ostdeutschen Hoheitsrechten verbunden. Eigenartigerweise griff die Sowjetunion diese Idee nicht auf. Am weitesten jedoch ging der britische Premierminister Macmillan. War er von den sowjetischen Drohungen eingeschüchtert, wenn er und sein Außenminister zwar einen Rückzug aus Berlin, aber auch gleichzeitig die Anwendung von Gewalt ablehnten? Sie betrachteten Verhandlungen mit der DDR – auch mit der Konsequenz, sie anerkennen zu müssen – über den Verbleib der Westmächte in Berlin als akzeptablen Lösungsansatz. Im Unterschied zur ersten Berlinkrise war es Frankreich, das die Linie der Unnachgiebigkeit gegenüber Moskau am konsequentesten vertrat. Auch insofern sah Adenauer in de Gaulle einen neuen Freund. Jetzt schien die Berlinkrise sich durch systeminterne Faktoren eher hinter den Kulissen zu verschärfen. Zum einen wurden die britischen Pläne energisch kritisiert und verworfen. Vor allem Dulles meinte, „das ein Nachgeben gegenüber den sowjetischen Drohungen der Anfang vom Ende wäre“. Blicke man hingegen fest, stünden die Chancen nicht einmal 1:1000, „dass die Sowjets es bis zum Krieg treiben“. Zum anderen meldeten sich jetzt die „Falken“ zu Wort. So war bspw. Der NATO-Oberbefehlshaber General Norstad entschlossen, im Fall einer sowjetischen Blockierung die Verbindungswege nach West-Berlin freizukämpfen. Das erinnerte an den Konvoi-Plan seines Kollegen Clay von 1948. Doch setzte sich – wie damals – politisches Augenmaß durch. So wiesen Präsident Eisenhower und Dulles auch die Möglichkeit eines Präventivschlags gegen die UdSSR zurück, wie er vom US-Verteidigungsminister McElroy zu bedenken gegeben wurde. Der Westen griff schließlich einen Wunsch Chruschtschow auf und stimmte einer Außenministerkonferenz der vier Mächte in Genf zu – allerdings nach Ablauf des Ultimatums. Nachdem die Krise allmählich, also in keinem beunruhigenden Tempo, verschärft worden war, trug das, aber auch die faktische Zurücknahme des Ultimatums durch Chruschtschow am 19. März 1959, zur Deeskalation der Auseinandersetzung bei. Auch hatten aus ihr bislang noch keine militärpolitischen Konsequenzen Moskaus resultiert.

Sie schienen für die von Chruschtschow gewählte Drohpolitik auch nicht als nötig erachtet worden zu sein. Im Gegenteil ging der sowjetische Staatsmann in seinem vom „historischen Optimismus“ geprägten Handeln von der Überlegenheit und Durchsetzungskraft des Weltsozialismus in der Systemkonkurrenz aus, die er nach der 1956 verkündeten und von ihm tief verinnerlichten „Politik der friedlichen Koexistenz“ gerade wirtschaftlich und sozial relativ bald zugunsten der Sowjetunion entschieden sah. Ebenfalls neigte er zur „Überbewertung verbaler Konzessionen“ durch die Westmächte und zu euphorischen Bewertungen amerikanischer Kompromissbereitschaft und kleiner eigener Erfolge – wie der westlichen Zustimmung zu einer Gipfelkonferenz. Das mag dazu beigetragen haben, dass Chruschtschow die militärische Stärke der Sowjetunion weniger hoch bewertete als andere Politiker und Militärs in seinem Führungszirkel und er auch in der Berlinkrise einen unversöhnlichen Kurs gegenüber dem Westen vermied. Es war natürlich vorrangig eine groß angelegte Propagandaaktion, passte sich aber in diesen Kontext ein, wenn er Anfang Januar 1960 – mitten im Berlinkonflikt – eine Reduzierung der sowjetischen Streitkräfte um 1,2 Millionen Mann innerhalb zweier Jahre bekannt gab. Nicht nur bei Militärs und KGB verbreitete sich laut Wettig „Unzufriedenheit, ja Empörung darüber“: Chruschtschow optimistische Sicht „stieß in den Moskauer Führungskreisen weithin nicht auf Zustimmung. Viele sahen darin eine unbegründete Sorglosigkeit gegenüber dem Westen.“ So wurde Chruschtschows Absicht, „den Konsens mit dem < imperialistischen Hauptfeind > zu einem wesentlichen Ziel der Politik zu machen, weithin abgelehnt“. Anfang April 1960 sah er sich im ZK-Präsidium einer geschlossenen Front von Kritikern gegenüber. Offenbar nahm die Kritik in dem Maße zu, wie der Erfolg in Berlin ausblieb. So erscheint es plausibel, dass er auch noch nach der Verkündung seines faktisch zweiten Ultimatums gegenüber Kennedy im Juni 1961 stärker unter den Druck seiner Militärs geriet, wie er in einem Gespräch mit dem italienischen Ministerpräsidenten Fanfani andeutete.

Adenauer, der Atomwaffeneinsatz und die Deutsche Frage

Durch ein Missgeschick waren die Vorstellungen Macmillans und seines Außenministers in Bonn bekannt geworden. Die Bundesregierung war konsterniert. Adenauer beschwor bei den drei Westmächten die Einheit und Stärke der freien Welt. Man müsse in Berlin den Anfängen wehren. In Washington und Paris rannte er offene Türen ein, was die Frage erübrigt, inwiefern hier Entscheidungen getroffen wurden, auf die er gern Einfluss genommen hätte. Doch galt er, ohne die Krise zu eskalieren oder gar bewaffnete Gewalt befürworten zu wollen, als Exponent der „Politik der Stärke“, und er baute auf Abschreckung. Eigentlich argumentierte er nicht anders als die oppositionelle SPD, vertrat aber nach außen noch schärfer als sie den Bonner Alleinvertretungsanspruch und die Hallsteindoktrin zur internationalen Isolierung der DDR. Kurz: Adenauer galt vielen als ein „Falke“. Er war jedoch mitnichten einer. Als ihn der bereits todkranke Dulles im Februar 1959 in Bonn besuchte und den Einsatz von Atomwaffen bei einem Ernstfall in Berlin als letzte Konsequenz befürwortete, war Adenauer entsetzt. Er wollte sie unter keinen Umständen angewendet wissen, was Dulles erstaunte. Denn Adenauer besaß den Ruf eines Apologeten der Abschreckung, und war es da nicht folgerichtig, dass der von Dulles erläuterte Stufenplanman wolle keineswegs gleich bei jeder Störung der Berliner Zufahrtswege mit einem massiven Truppeneinsatz reagieren – auch die Möglichkeit eines Kernwaffeneinsatzes enthielt ?

„Überraschend war, dass die Logik, auf der das ganze Prinzip der Abschreckung beruhte, von Adenauer genau in dem Augenblick zurückgewiesen wurde, als in der Berlin-Krise die Eventualität – nichts weiter als das – am Horizont auftauchte. „ Offenbar war diese wichtige Episode für Adenauer ein Anlass, über seine Deutschlandpolitik nachzudenken. Nicht mehr die in weiter Ferne liegende Wiedervereinigung und die Maximalforderung nach freien Wahlen, sondern Erleichterungen für die Menschen in der DDR begannen nun für ihn zunehmend Priorität zu gewinnen. Angesichts der unkalkulierbaren Gefahren eines atomaren Krieges war er sogar bereit, das Tabu der Aufwertung bzw. der Anerkennung der DDR – wie sie im Globke-Plan vom Frühjahr 1959 zumindest erwogen wurde- intellektuell in Frage zu stellen. Vor allem aber wollte er die Sowjets nicht reizen. Allerdings blieb dieser Plan intern und ohne Konsequenzen, er war also nicht mehr als eine theoretische Alternative. An Adenauers Haltung änderte sich auch nichts, als Kennedy US-Präsident wurde. Zwar verstanden sich beide auch persönlich nicht sonderlich – zwischen ihnen lagen unterschiedliche Erfahrungswelten und der erhebliche Altersunterschied. Wichtiger war aber, dass Kennedy deutschland- und berlinpolitisch flexibler zu denken und auch bestimmte Positionen des Ostens differenzierter zu beurteilen begann. Er suchte nach entspannungspolitischen Ansätzen, was von der Bundesregierung zumindest zeitweise als Schwäche ausgelegt wurde, und entwickelte einen für deutsche Konservative eher befremdlichen „lockeren“ Politistil. Während die SPD 1959 mit ihrem Deutschlandplan bei aller Klarheit in der Berlinfrage den Kompromiss mit dem Osten im Sinne eines Schrittes zur deutschen Einheit suchte, entwickelten Adenauer und seine Umgebung kaum noch berlin- und deutschlandpolitische Ideen. Zu sehr war der greise Regierungschef mit der Frage seiner Amtsnachfolge und den Bundestagswahlen im Herbst 1961 beschäftigt. Und es zeigte sich am 13. August 1961, dass er einerseits die Berlinfrage unterschätzt hatte, aber andererseits nicht Öl ins Feuer gießen wollte. Dass aus dem „Politiker der Stärke“, der wie Dulles von vielen als „ Kalter Krieger“ gescholten wurde, ein das Risiko eines Konfliktes mit Moskau scheuender Patriarch geworden war, kostete ihm im Herbst 1961 wahrscheinlich die absolute Bundestagsmehrheit. Insgesamt gesehen hat die zweite Berlinkrise jedoch zur Vergrößerung der außenpolitischen Handlungsspielräume der Bundesregierung beigetragen – wenngleich sie nie den von der Hegemonialmacht abgestreckten politischen Rahmen in Frage stellte.

DDR- Sonderinteressen im internen Konflikt mit der UdSSR

Zwar begrüßte das SED-Politbüro einen Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten, wie ihn die Sowjetunion im Januar 1959 vorgeschlagen hatte. Doch bildete ein separater Friedensvertrag der DDR mit der Sowjetunion die bessere Variante, denn nur er bot die Aussicht auf die Übertragung der sowjetischen Hoheitsrechte in Berlin und auf die Kontrolle seiner Zufahrtswege. Ulbricht stimmte dem Plan der Umwandlung West-Berlins in eine „Freien Stadt“ keineswegs die optimale Lösung. Denn ein derartiger, durch internationale Abmachungen geschaffener und garantierter Stadtstaat hätte eine erhebliche Einschränkung der von der DDR angestrebten Kontrolle bedeutet. Wie Ulbricht Chruschtschow im Januar 1959 deutliche machte, fürchtete er, dass die „Freie Stadt“ ihre äußeren Beziehungen Bonn übertrage und zudem, dass enorm viele DDR-Bürger nach Berlin flüchten würden. Man müsse daher die Kompetenzen der Stadt bei der Verleihung von Bürgerrechten einschränken.

Schon zu Beginn der Krise hatte sich in der ostdeutsch-sowjetischen Beziehung ein Grundmuster herausgebildet: Die SED nahm Chruschtschow in der Frage der Übertragung von Hoheitsrechten an die DDR beim Wort, und sie verhielt sich immer so, als bestünden keine Zweifel an einer diesbezüglichen sowjetischen Absicht. Das SED-Politbüro verfolgte seit 1958 einen Kurs, der auf der Erwartung aufbaute, dass die

Übertragung der sowjetischen Berlinrechte an die DDR unmittelbar bevorstehende und konfrontative Maßnahmen der ostdeutschen Seite geeignet seien, dies zu beschleunigen. Die Schikanen der DDR von Reisenden an den Grenzen verstärkten sich, und die SED-Führung suchte Bestandteile alliierter Rechts, wie etwa das Wirken der Militärmissionen, scheinbarweise zu beseitigen. Der Konflikt wurde vor allem durch die Praxis der SED geschürt, westalliierten Militärangehörigen den Zutritt in den Ostsektor von Zeit zu Zeit zu verweigern, wenn sie sich nicht legitimierten. Diese von der Volkspolizei an der Sektorengrenze eingeforderte Legitimationspflicht widersprach jedoch alliiertem Berlinrecht und zog Proteste der Westberliner Stadtkommandanten bei der über das Vorgehen der DDR verärgerten sowjetischen Militärbehörde nach sich. Die Sowjetunion sah sich erstmalig mit der Notwendigkeit konfrontiert, ostdeutschen Maßnahmen, die mit ihr weder abgesprochen noch von ihr gebilligt worden waren, gegenzusteuern. Doch auch nach dem Mauerbau kam es weiterhin zu Eigenmächtigkeiten und Provokationen der DDR, die zu zeitweilig gefährlichen Situationen an der Sektorengrenze führten. Das Berlinproblem, das in Moskau nur eine wichtige Frage unter anderen war, besaß für die SED-Führung eine existenzielle Bedeutung. Die Sowjetunion agierte als Weltmacht, betrieb globale Politik und musste Rücksicht nehmen, dies alles erlaubte es ihr nicht, auf ungebremste Konfrontation in Berlin zu setzen. Das entscheidende Handicap der ostdeutschen Führung bei der Auseinandersetzung mit Moskau war jedoch das Fehlen eigener Handlungsspielräume: Die akute Entscheidung über die Berlinpolitik fiel 1961 mit dem Moment größter innerer Schwäche der DDR zusammen. Diese Schwäche ließ sich zwar als Druckmittel verwenden, um die UdSSR schließlich zur Erlaubnis des Mauerbaus zu nötigen, aber sie schloss zugleich ein Handeln der DDR als Subjekt der Politik weitgehend aus. Die DDR konnte Einfluss nur über die Sowjetunion nehmen, als deren außenpolitischer Trittbrettfahrer.

Vor diesem Hintergrund entwickelte sich das typische Interaktionsmuster: Die DDR drängte die UdSSR immer wieder zu politischen Offensiven in Berlin, und die Sowjetunion suchte die ostdeutschen Verstöße zu mäßigen. Zum ersten Mal in der Geschichte der DDR unternahm die SED-Führung eigenmächtige Schritte mit dem Ziel, die UdSSR unter Zugzwang zu setzen. Es entwickelte sich ein signifikanter Konflikt zwischen sowjetischer und ostdeutscher Führung. Die ostdeutsche Seite bemühte sich darum, die östlichen „Trümpfe“ auszuspielen, und scheute dabei – anders als der Kreml – Zuspitzungen im Verhältnis zum Westen nicht. Sie riskierte faktisch eine bewaffnete Auseinandersetzung, ohne diese freilich wirklich zu wollen. Die Sowjetunion dagegen scheute das Risiko eines ersten Konfliktes, der wesentlich von ihr auszutragen gewesen wäre und hinsichtlich seines Umfangs außer Kontrolle geraten konnte. Dass er die SED-Führung mit ihren friedensgefährdenden Forderungen im Zaum hielt, ist faktisch ein Verdienst Chruschtschows. Die geschilderte, bis 1963 andauernde Interessenskollision kann als ein typischer Konflikt zwischen Zentrale und Peripherie gelten, wie er in der Geschichte von Bündnissen häufig auftritt. In den Beziehungen zwischen Moskau und Ost-Berlin aber war dies insofern ungewöhnlich, als es sich um eine hegemonial-imperiale Beziehung handelte, in der die Sowjetunion in der Regel mit widerspruchsloser Unterordnung rechnen konnte. Wenngleich bei den Versuchen der SED, Moskau unter Druck zu setzen, einige Erfolge bei der Beeinflussung der sowjetischen Berlinpolitik nicht zu leugnen sind, vermochte es Ulbricht jedoch nicht, Chruschtschow in der Berlinfrage seinen Willen aufzuzwingen.

Verläufe, Mechanismen und Ergebnisse der Berlinkrisen

Gleichwohl hätte die Luftbrücke ohne die zumindest partielle Insuffizienz der Blockade die Großstadt West-Berlin nicht vollständig mit Lebensmitteln, Brennstoffen und Industriegütern (auch Rohstoffen) versorgen können. Dass die Blockade durchlässig war, mindert keinesfalls die großartige Leistung des „größten Transportunternehmens der Luftfahrtgeschichte“ (Peter Bender). Bedeutsamer noch als die wirtschaftliche und die militärische Seite der Operation „Vittles“ (unter anderem als groß angelegte Kriegsführung mit erstmaligem Betanken von Flugzeugen in der Luft) war ihre politische Dimension. Zum einen verhinderte der Erfolg der Aktion den Einsatz von offensiven westalliierten Gegenmaßnahmen (zum Bsp. Konvois), die das Kriegsrisko verschärft hätten, und zum anderen verwandelte sich die Blockade „von einer Belastung zu einem Aktivposten der amerikanischen Westeuropapolitik“. Es ist anzunehmen, dass die technisch imposante Luftbrücke mit ihrem hohen Schauwert Stalin die Aussichtslosigkeit einer neuen Runde des Schlagabtauschs um Berlin verdeutlichte. Wenn er die militärische Konfrontation, wie es die Meinung der Historiker ist, nicht wollte, hatte er seine Karten schnell ausgereizt. Seine Vorsicht hatte ihn auch auf unmittelbare Maßnahmen gegen die Luftbrücke verzichten lassen – kein „Rosinenbomber“ stürzte infolge eines sowjetischen Einwirkens ab. Auch verzichtete der Generalissimus – im Unterschied zu Chruschtschow 1961 – auf jegliche Kriegsdrohung. Doch erreichte er keines seiner strategischen Ziele – die Beendigung des Viermächtestatus und die Verhinderung der Bundesrepublik Deutschland. Im Gegenteil: Die Berlinkrise wurde zum ersten politischen „Ernstfall“ für die bislang eher vernachlässigte westliche Bündnisräson. Berlin forcierte die Weststaatsgründung wie auch die Konstituierung der NATO. Im Zuge der Auseinandersetzung ließ sich vom Osten nur eine Absicht verwirklichen – die administrative Spaltung Berlins im Herbst 1948.

Das war die Voraussetzung, um Ost-Berlin der SBZ anschließen zu können. Sie bedeutete gleichzeitig aber auch „Notbremse“ um den rasanten Machtverlust der SED in der Stadt und den Vormarsch der SPD unter ihrer Leitfigur Reuter stoppen zu können. Doch bedurfte diese Lösung der vom Zaun gebrochenen und in jeder Beziehung „teuren“ Krise ? Stalin, der mit Verhandlungsangeboten nicht geizte, fand sich zu einer diplomatischen Lösung bereit. Möglicherweise wurde sie durch die Schwierigkeiten der Sowjetunion in anderen Teilen Europas und der Welt (Jugoslawienkonflikt, Nahostkrieg) beschleunigt. Doch zeigte auch der Westen Entgegenkommen. Er suspendierte die Berlin betreffenden Artikel des Grundgesetzes der Bundesrepublik. Am 4. Mai 1949 wurde per New Yorker Abkommen die Blockade und damit die erste Berlinkrise beendet. Ihr wichtigstes Ergebnis war zweifellos der mentale Wandel der Westberliner. Sie betrachteten die drei Westmächte von nun an nicht mehr (nur) als Besatzungs-, sondern auch als Schutzmächte und Freunde. Von Belang – auch für die Berlinkrise ein Jahrzehnt später – war, dass die Stadt zum Symbol für Freiheit und demokratischen Widerstandswillen sowie zu einem „Schaufenster“ der westlichen Welt geworden war.

Die Krise 1958 bis 1963

Die zweite Berlinkrise verlief nicht gleichförmig. Es gab Eskalationsmomente, aber auch Zeiten der Beruhigung. Die erste Phase dauerte von Herbst 1958 bis zur Genfer Außenministerkonferenz im Frühjahr/Sommer 1959; die zweite endete im Sommer 1963. Im Vorfeld der Genfer Konferenz hatte sich ein gewisser Kompromiss angedeutet, der jedoch nicht realisiert werden konnte. Auffallend war jedoch, dass zwei deutsche Delegationen als Berater der vier Mächte auftraten, was auf die gewachsene Bedeutung der Bundesrepublik und ihr deutschlandpolitisches Gewicht hinwies. Das besaß die DDR nicht, konnte sich aber dennoch als die eigentliche Gewinnerin fühlen, weil sie auf einer alliierten Konferenz als Beteiligte wahrgenommen, als Völkerrechtssubjekt indirekt anerkannt und auch in der Optik der eigenen Bevölkerung aufgewertet wurde.

Immerhin trug die sich anschließende Einladung Chruschtschows in die USA durch Präsident Eisenhower und eine damit indirekt verbundene amerikanische Zustimmung zu einer von Moskau gewünschten Gipfelkonferenz zur atmosphärischen Entspannung der Situation bei, die auch auf die Berlinfrage zurückwirkte. Hier spielen persönliche Faktoren eine Rolle – Eisenhower und Chruschtschow fühlten sich noch als alte Kriegskameraden-, vor allem aber das von der UdSSR verkündete und vom Westen faktisch akzeptierte Prinzip der friedlichen Koexistenz. Deutlicher als zuvor präsentierte sich ein wirtschaftlicher und soziales Wettbewerb, in dem beide ihre vermeintliche Überlegenheit herausstrichen. Erst im zweiten Halbjahr 1960 wurde die konfrontative Tendenz wieder fühlbarer. Sie war einerseits die Folge der „geplatzen“ Pariser Gipfelkonferenz im Mai 1960 und andererseits der beginnenden Systemkrise in der DDR. Während Chruschtschow im ersten Fall die Affäre um ein amerikanischen Spionageflugzeug zum Anlass nahm, eine Konferenz zu veranlassen, die er sich doch sehnlichst gewünscht hatte (drängten ihn seine Militärs?), destabilisierte die relativ plötzlich eskalierende Republikflucht zahlreicher Ostdeutscher die Wirtschaft und Politik der DDR. Das war ein Problem, das von den internationalen Spannungen tangiert wurde, aber eigentlich von der akuten Systemkrise in der DDR verursacht worden war. In diesem Drama spielte das offene Berlin als Fluchttor zum Westen eine Hauptrolle. Wie schon dargestellt, drängte die SED-Führung zu einer Berlinlösung, die für sie nur dann optimal war, wenn ihr im Rahmen eines separaten Friedensvertrages die sowjetische Hoheitsrechte in und um Berlin zufielen. Der Berlinkonflikt verschärfte sich, als Chruschtschow bei seinem Treffen mit dem neuen US-Präsidenten Kennedy Anfang Juni 1961 in Wien mit außenordentlicher Härte erneut das Ende des alliierten Berlinstatus verlangte und ein neues Ultimatum stellte. Er drohte faktisch mit Krieg, falls der Westen darauf nicht einginge. Kennedy wies das Ansinnen höflich, aber mit Bestimmtheit zurück. Zwar schien das Wiener Treffen die Wahrscheinlichkeit eines militanten Konflikts zu vergrößern, doch minderte es das Kriegsrisiko gleichzeitig durch die genaue Markierung von beiderseits nicht zu überschreitenden Grenzen. Die Kontrahenten wollten Eskalationen im Prinzip vermeiden, wobei es dem impulsiven Ministerpräsidenten zunächst nicht gelang, auf vordergründige Provokationen zu verzichten. Doch anders als 1948 besaß eine bewaffnete Auseinandersetzung eine atomare Perspektive. Sie vor allem ließ einige Führer der kommunistischen „Bruderparteien“ der KPdSU vor Experimenten in Berlin zurückschrecken. Ihre Blockdisziplin wurde jedoch dadurch in keiner Weise in Frage gestellt. Im Gegenteil legte die sich allmählich abzeichnete militärische Aufwertung des Warschauer Paktes, insbesondere die Effektivierung der Blockräson durch die Aussicht auf mehr Mitsprache im Bündnis nahe. Andererseits begannen Kennedy und Chruschtschow angesichts der atomaren Gefahr die jeweils andere Interessenlage zu verstehen – der Präsident der USA auch im Hinblick auf den Druck, dem der Sowjetführer offenbar im eigenen Land ausgesetzt war.

Die Berlinkrise stand ich ihrem Zenit, als Kenndy Chruschtschow die amerikanischen Bedingungen für eine Berlinlösung signalisierte, was nach Lage der Dinge nur noch eine besetzte Grenze -quer durch die Stadt und das Brandenburger Umland bedeuten konnte. Diese Lösung zerstörte zwar das Überlegenheits- und

„Schaufenster“-Konzept des Ostens und war ideologisch verheerend, löste aber das Kardinalproblem der DDR – die Destabilisierung durch die Massenflucht ihrer Bürger. Die Mauer sicherte die Westgrenze des sowjetischen Machtbereichs, bedeutete aber noch keineswegs dessen vertragliche Anerkennung durch den Westen. Doch waren die machtpolitischen Claims in Berlin abgesteckt, und es setzte – zumindest tendenziell – eine Beruhigung der Lage ein, was auch durch das mörderische Grenzregime der DDR nicht in Frage gestellt wurde. Doch blieb das Risiko eines bewaffneten Konflikts nicht völlig ausgeklammert. Es waren – wie schon 1948/49 bei der Verlegung der B-29-Bomber – aber weniger amerikanische Truppenverstärkungen, sondern plötzliche Turbulenzen, von denen entsprechende Gefahren hätten ausgehen können, so als sich Ende Oktober 1961 am Berliner „Checkpoint Charlie“ amerikanische und sowjetische Panzer gegenüberstanden.

Bedrohlicher wurde es, als die UdSSR im Herbst 1962 in Kuba die Raketenkrise auslöste. Zwar sieht eine Reihe von Historikern zwischen den Problemfeldern Kuba und Berlin nur einen lockeren Zusammenhang. Dass sich hier wohl doch eine gefährliche „Doppelkrise“ mit starken Wechselwirkungen entwickelte, bezeugt unter anderem eine Äußerung Kennedys gegenüber Macmillan: „ Nimmt er (Chruschtschow) Berlin, nehmen wir Kuba. Wenn wir jetzt Kuba nehmen (....), werden wir mit Sicherheit das Problem haben, dass Berlin genommen wird.“

Nachdem der akute Konflikt um Berlin durch den Verzicht der Sowjetunion auf die weitere konfrontative Infragestellung (nicht etwa auf die langfristige Beseitigung) des alliierten Status Berlins faktisch beendet wurde, bestand freilich ein Problem weiter, das beide Berlinkrisen angetrieben hatte: die Deutsche Frage. Sie, die immer mehr zum Problem der DDR –Anerkennung geriet und die zumindest die latente Gefahr einer Wiederbelebung des Berlinkonfliktes in sich barg, entschied mit darüber, ob sich auch in Mitteleuropa eine Tendenz zur Entspannung durchsetzen würde. Das erklärt auch die (noch vergeblichen) Versuche der Westmächte im Umfeld der zweiten Berlinkrise, die Bundesregierung zu bewegen, angesichts der Unmöglichkeit der deutschen Wiedervereinigung im Kalten Krieg eine zumindest statsrechtliche Anerkennung der DDR zu ermöglichen.

Ein Vergleich als Resümee

Beide Berlinkrisen entstanden im Kalten Krieg. Schon deshalb sind sie in einem globalen und europäischen Kontext und indirekt auch die Folgen des Zweiten Weltkriegs und den gescheiterten Versuchen der Alliierten zu sehen, eine stabile Nachkriegsordnung zu schaffen.

Als auch deutschlandpolitisch ein Konsens nicht mehr hergestellt werden konnte, zeigte sich die ursprünglich kooperativ angelegte alliierte Berlinregelung als Fehlkonstruktion. Denn in dem Maße, wie sich die weltweite Systemkonkurrenz verschärfte, griff sie auf Berlin über. Das war ebenfalls durch die strategische und politische Lage der Stadt vorprogrammiert und besaß für beide Krisen Gültigkeit: „ Eine halbe Weltstadt im Osten barg eine Verführung für beide Seiten. Von der Insel aus konnten die Westmächte auf die Ostzone und die DDR einwirken, von der Ostzone und der DDR aus konnte die Sowjetunion auf West-Berlin drücken.“ So wäre es eine sehr einseitige Betrachtungsweise, wenn man im Handeln der östlichen Konfliktseite eine rein „expansionistische“ Berlinpolitik erkennen würde. Zum einen ging es der Sowjetunion in beiden Krisen nicht um die Einverleibung West-Berlins „an sich“, sondern vor allem darum, einen Störfaktor inmitten des eigenen Imperiums, vor allem die von ihm ausgehenden Gefährdungen für die SBZ/DDR, auszuschalten. Zum anderen enthielt das westliche Berlinkonzept sehr offensiv wirkende Elemente: die Attraktivität des freiheitlich – demokratischen Systems und dessen wirtschaftlicher Magnetismus sowie die Ambition, die Präsenz der Bundesrepublik in West-Berlin zu verstärken. Sieht man das Berlinproblem nach 1948 auf einer höheren Abstraktionsstufe, befand sich der Osten in einer Defensivsituation und der Westen in einer von Überlegenheit getragenen ordnungspolitischen und marktwirtschaftlichen Offensive. In diesem historischen Kontext wurden beide Berlinkrisen von der Sowjetunion ausgelöst. Ihr ging es darum, den alliierten Berlinstatus zu beenden und damit die Westmächte aus der Stadt herauszudrängen. Vor allem aber hatte sie deutschlandpolitische Ziele: 1948 die Verhinderung der Weststaatsgründung und 1958 die Stabilisierung sowie völkerrechtliche Anerkennung der DDR, die durch die Republikflucht latent sowie ab 1960 akut in Frage gestellt wurde. Hinzu traten aktuelle Aufgaben: 1948 die Vorbereitung eines ostdeutschen Staates, wenn der westdeutsche nicht zu verhindern war, sowie die damit verbundene Einbindung des sowjetischen Sektors in die zukünftige DDR. 1948 wurde die ehemalige Reichshauptstadt administrativ und 1961 als gemeinsamer Verflechtungs- u. Erfahrungsraum geteilt. Mit der Mauer verschwand für die Ostdeutschen eine erreichbare deutsche Alternative. Wie 1948 (Währungsreform) existierten auch 1958 sowjetische Ziele (Verhinderung der atomaren Ausrüstung der Bundeswehr und der Ausdehnung Bonner Hoheitsrechte auf West-Berlin, die sowohl Krisenanlässe als auch reale Motive der Sowjets bildeten oder – wie der Friedensvertrag, die „Freie Stadt“ und Sicherheitskonferenzaufgaben und politische Instrumente zugleich waren. Demgegenüber konnte es den seit 1948 unangefochten unter Führung der USA handelnden Westmächten genügen, den Status Berlins sowie ihre damit

verbundenen Rechte zu erhalten und dabei auf defensive Mittel zurückzugreifen. Das entsprach in beiden Krisen dem beiderseitigen Konfliktverständnis: Zum einen waren sich die Kontrahenten darüber im Klaren, dass die „Achillesferse“ des jeweiligen Gegners die Prestigefrage war und ein Verlust an Reputation und Glaubwürdigkeit von keiner Partei hingenommen werden würde. Zum anderen stimmte man im Prinzip überein, die Konflikte nicht zu eskalieren. Gerade in der Frage, mit welchem Mittel die Krisen zu lösen seien, entwickelten Politiker und Militärs im Westen 1948 und 1958 prinzipielle Alternativen. In der Sowjetunion fehlten sie 1948 gänzlich, und sie erscheinen für die zweite Krise auch nur insofern als denkbar, als es Widerspruch zum Kurs Chruschtschows gegeben hätte. Konkrete alternative Vorstellungen ließen sich bislang nicht belegen.

Wenngleich sich in beiden Fällen in Ost und West die moderateren Kräfte durchsetzten und dabei die militärische Abschreckung wirkte – im zweiten stärker noch als im ersten –, hätten sie dennoch in kaum kontrollierbare bewaffnete Auseinandersetzungen umschlagen können. Eine Kriegsgefahr bestand prinzipiell durch den unwägbareren Verlauf des Kalten Krieges, und sie lag ebenfalls in der Eigendynamik beider Konflikte begründet – 1948 vielleicht noch stärker als 1958. Das hatte einen Grund möglicherweise darin, dass sich der erste Konflikt relativ kurzfristig und zügig, der zweite hingegen in „langen Wellen“ mit erheblichen Unterbrechungen und offenen Situationen entwickelte, die „Denkpausen“ boten und die verwirklichte Möglichkeit internationaler Kontakte und Konferenzen. Auch spielte sicherlich eine Rolle, dass Stalin, der als harter Pragmatiker galt, sofort Maßnahmen gegen den Westen ergriff, während Chruschtschow – eher Ideologie und „Moralist“ – lediglich mit Drohungen und eigentlich konzeptionslos operierte und auch deshalb auf den Zeitfaktor setzen musste. Dabei ist wiederum die innenpolitisch unangefochtene Position Stalins als „starker“ Diktator zu berücksichtigen, während Chruschtschow in seinem berlinpolitischen Handeln augenscheinlich erheblich von den internen politischen und militärischen Führungsgruppen abhängig war. Das schien auf die Verlaufs- und Lösungsstruktur der zweiten Berlinkrise Einfluss zu nehmen. Sie war sowjetischerseits mehr von den Zufälligkeiten des politischen Alltags und im Einzelnen von „Chaos“ geprägt, als die zwar ebenfalls ineffektiven, aber dennoch besser koordinierten und zügiger umgesetzten Beschlüsse Stalins. Im Unterschied zu den Westmächten, die das Recht, die Weltöffentlichkeit und vor allem eine starke Wirtschaft auf ihrer Seite hatten, besaßen Stalin und Chruschtschow als „defensive“ Angreifer kaum strategische Handlungsfreiheit. Stalin fesselte sich durch die eigenen Sperrmaßnahmen; Chruschtschow verfügte nur über zwei denkbare Wege: eine neue, nun wirklich totale Blockade oder aber den Bau einer Mauer quer durch die Stadt.

Doch bleibt es bei allem rätselhaft, warum die sowjetische Führung nach dem Deaster von 1948/49 und einer Periode berlinpolitischer Vernunft die Fehler Stalins im Prinzip wiederholte und sich – auch noch im Verlauf der Krise von 1958 – nur sehr begrenzt lernfähig zeigte. Ein Mangel an Flexibilität trug dazu bei, dass beide letztendlich diplomatisch gelösten Krisen mit einer empfindlichen Niederlage der Sowjetunion endeten. Sie hatte keines ihrer Hauptziele erreicht. Die Minimalergebnisse – administrative Teilung der Stadt und Mauerbau – waren teuer erkaufte und standen, wenngleich der Vorposten DDR nun gesichert schien, in keinem Verhältnis zum sowjetischen Prestigeverlust. Das „Schaufenster“ Ost-Berlin war durch die Mauer überschattet und die Überlegenheitskonzepte der KPdSU und der SED schienen perdu.

Demgegenüber war das Ansehen der Westmächte in beiden Krisen gestiegen – international und bei den Deutschen. Hatten sich in deren Sicht 1948/49 die Westmächte als Beschützer und Freunde erwiesen, so verfestigte sich dieses Bild in der zweiten Berlinkrise. Wenngleich weniger emotional – die Bedrohungswahrnehmung war 1958 eine andere –, ergriffen die Berliner auch jetzt Partei für den Westen. Berlin als das bereits 1948/49 entstandene Symbol für Freiheit und Widerstandswillen gewann an politischer Ausstrahlung, während die „Mauer“ zum Wahrzeichen von Unrecht und Diktatur wurde und als Pars pro Toto für die DDR stand, was auch ihr Ringen um Anerkennung behinderte. Ebenso erhielt der bald nach der ersten Berlinkrise entstandene Luftbrückenmythos 1958 neue Impulse.

In der ersten Berlinkrise hatten weder ost- noch westdeutsche Politiker auf den Krisenverlauf politischen Einfluss gehabt. Wenn sie handelten dann im Interesse und im Auftrag der Alliierten und zumeist auf lokaler Ebene. Beim Ausbruch der zweiten Krise verfügte die Bundesregierung bereits über beträchtliche Handlungsspielräume, die sich in deren Verlauf verstärkten und es ihr ermöglichten, im Rahmen des westlichen Bündnisses Einfluss auf den Entscheidungsprozess zu nehmen. Demgegenüber besaß die SED weder international noch gegenüber ihrer sowjetischen Hegemonialmacht hinreichende Freiräume, wenngleich es erstmals in den ungleichen sowjetisch-ostdeutschen Beziehungen interne Konflikte um die Art und Weise der Behandlung West-Berlins und seines alliierten Status gegeben hatte und die SED zeitweilig Druck auf Moskau auszuüben versuchte. Die zweite Berlinkrise trug jedoch in keiner Weise – sieht man von der Episode der Genfer Außenministerkonferenz ab – zur internationalen und innerdeutschen Aufwertung der DDR bei, wenngleich die Westmächte ihre Anerkennung als zweiten deutschen Staat intern

durchaus erwogen und damit ein Konflikt mit der Bundesregierung denkbar war, der aber nicht zuletzt durch Adenauers politisches Gewicht, den deutsch-französischen Schultersschluss sowie die allgemeine Bündnisräson verhindert wurde. Für die Parteien im Wahlkampf des Jahres 1949 in den Westzonen war die erste Berlinkrise insofern neutral, als sie zwar allgemein mobilisierte, aber aufgrund gleicher Grundpositionen von CDU/CSU und SPD weder die eine noch die andere Partei begünstigte. Die Aussage trifft offenbar auch für den amerikanischen Wahlkampf – Truman Demokraten gegen die republikanische Partei – zu. Anders 1961: Das konsequente Eintreten des „Falken“ Brandt gegen den Mauerbau schuf ihm und der SPD in dem Maße Wählersympathien wie sie der mehr als „Taube“ agierende und auf die Beruhigung der Situation setzende Adenauer bei den Bundestagswahlen im Herbst 1961 verlor. Davon unbenommen trug der Mauerbau auch in Bonn zu der mühevollen Erkenntnis bei, dass die „Politik der Stärke“ die Wiedervereinigung keinen Deut vorangebracht hatte.

In Berlin selbst hinterließen die Krisen tiefe Einschnitte, der Mauerbau mehr noch als die administrative Spaltung der Stadt. Doch zeigte die vorrangig kulturell und alltagspolitisch determinierte Berliner Verflechtungsgesellschaft gegenüber den konfrontativen Zuspitzungen Flexibilität und eine gewisse Resistenz. So war sie bis zum zerstörenden Mauerbau erstaunlich schnell in der Lage, die Folgen beider Krisen wirksam begrenzen bzw. überwinden zu helfen und Ansätze für eine systemübergreifende Gesellschaft nicht nur zu bewahren, sondern auf einigen Gebieten (Kultur, intersektoraler Handel, Grenzgänger u.a.) bis zum Mauerbau noch zu verstärken. In dessen Folge intensivierte sich freilich die Tendenz zur separaten Entwicklung beider Stadthälften. Beide Berlinkrisen stellten wichtige Zäsuren in der Ost-West-Auseinandersetzung dar; sie verliefen in einer zentralen Region des Ost-West-Konfliktes. Die erste Krise stand am Ende der Expositionszeit des Kalten Krieges und markierte den Beginn der Hochphase der innerdeutschen und internationalen Systemauseinandersetzung. Dagegen bildete die zweite Berliner Krise den Höhepunkt und – folgt man der Sicht des Verfassers – zusammen mit der karibischen Krise den Ausgang des Kalten Krieges. Er hatte im geteilten Berlin immer mehr die Merkmale einer universellen Konkurrenz angenommen und sie verloren. Während die erste Berlinkrise, wie bereits angedeutet, noch das Desaster gesamtallierter Nachkriegsplanungen und des „System von Potsdam“ als ihren deutschlandpolitischen Hauptproblembereich erkennen ließ, hatte sich das zweite Ereignis erheblich vom deutschen Problem gelöst und viel stärker den Charakter einer globalen politisch-strategischen Auseinandersetzung angenommen. Auch insofern kann Hershberg zugestimmt werden, wenn er im Verhalten Chruschtschow in der zweiten Berlinkrise „zugleich ein Kapitel des nuklearen Wettrennens“ zwischen beiden Supermächten sieht.

Im Osten und im Westen trugen beide Krisen unterschiedlich zur Bündnisräson bei. Der Westen als der Angegriffene übte den „Schultersschluss“ in beiden Konflikten besonders demonstrativ, weil er seine Bündnisfähigkeit und Glaubwürdigkeit nicht in Frage stellen durfte. Zwar stand Stalin 1948 angesichts des Konfliktes mit Jugoslawien und der Schwierigkeiten bei der Sowjetisierung des Ostblocks unter Druck, doch spielte dieses Problem in seiner Wechselbeziehung zum Kampf um Berlin nur indirekt eine Rolle. Demgegenüber nutzte Chruschtschow die zweite Berlinkrise zur Verstärkung der Blocksolidarität vor allem mit der DDR. Bündnisräson war von der Sowjetunion zunächst nur im Umfeld des Mauerbaus gefordert worden. Sie erhielt jedoch einen neuen Impuls durch den Zusammenfall der Berliner mit der karibischen Krise. Im Vergleich zu 1948/49 entwickelte sich 1958 bis 1963 ein erweitertes und flexibilisiertes Konfliktmanagement. Es spiegelte die Gefahr eines Atomkrieges wider und zeichnete sich durch ein größeres Verständnis aus. Das äußerte sich in verstärkten diplomatischen Bemühungen und individuellen Kontakten, die man durchaus als Ansätze für weiterführende vertrauensbildende Maßnahmen sehen kann. Das Gegeneinander wandelte sich durch erhöhte Kompromissfähigkeit (Kennedy-Chruschtschow) nach dem definitiven Abstecken des ost-westlichen Einflussgebietes in Berlin allmählich zu einem toleranteren Nebeneinander, ohne freilich schon ein Miteinander etwa in der Form einer Sicherheitspartnerschaft zu sein. Doch bildete die erledigte Berlin –(und Kuba-) Krise dafür eine wichtige Voraussetzung, war ein „Vorspiel“ zum Wandel. Die zweite Berlinkrise intensivierte die informellen diplomatischen Konsultationen (unter anderem Gespräche zwischen Gromyko und dem US-Botschafter in Moskau Thomson)

Ob und inwiefern sie tatsächlich zu einer „Militarisierung“ der sowjetischen Politik beitrug, ist unklar. Es war wohl ihre Kombination mit der Kubakrise, von der eine neue Runde des Wettrüstens beider Seiten ausging, gleichzeitig aber auch ein Entspannungsimpuls. Doch kann als gesichert gelten, dass in der zweiten Berlinkrise neue Verständigungschancen entstanden und die UdSSR diesmal Lehren aus dem Ereignis zog. Nicht zuletzt zeigte Chruschtschow mit dem „neuen Look“, dass er für die Sowjetunion zu vermitteln suchte, staatsmännische Weitsicht. Aber auch westliche Politiker, nicht von ungefähr Willy Brandt, lernten aus diesem Grunderlebnis. Peter Bender hat die zweite Berlinkrise daher zu Recht als „Geburtsstunde der neuen Ostpolitik“ bezeichnet. „



Quelle und Link zum Buch: www.bpb.de

http://www.bpb.de/publikationen/NYBM3G.0.0.Krisen_im_Kalten_Krieg.html

Der Autor: Michael Lemke, Prof.Dr, Projektbereichsleiter am Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Prof-essor (Apl.) an der Humboldt Universität Berlin, Arbeitsschwerpunkte: Deutsche und intern. Geschichte nach 1945, Geschichte der Dt.Frage, Geschichte des geteilten Berlin und Brandenburg

Zum Zweck der politischen Bildung, Erinnerung und Aufarbeitung für SED-Opfer und politisch Interessierte von sed-opfer-hilfe.de Dez. 2011 – Buch mit 15 Fallgeschichten- empfehlenswert-

www.sed-opfer-hilfe.de